

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
75. Sitzung

04.09.1989
sl-pr

heutige Baukultur arbeiten. Dabei werden wir weniger mit den Außenwänden Schwierigkeiten bekommen, sondern vielmehr mit der inneren Flurwand, die sich in einem schlechten Zustand befindet.

Letzteres ist auf folgende Umstände zurückzuführen: Insgesamt haben wir im Ständehaus vier verschiedene Heizungssysteme gehabt; Kamine, die dort installiert gewesen sind, hat man herausgenommen; nach dem Kriege hat man Abwassersysteme quer durch tragende Wände geführt, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Die Konstruktion war so, daß die Decken parallel zur Längsseite hin mit Holzbalken abgetragen waren. Nach dem Kriege waren diese Decken nicht mehr da. Die neuen Decken sind auf die inneren, nicht tragenden Flurwände aufgesetzt worden.

Nach Beratung mit dem Denkmalpfleger werden wir mit den Deckenarbeiten an dieser Stelle beginnen. Es müssen Installationen für Klimaanlage vorgesehen werden. Zwar könnten wir die Decken mit Hilfe weiterer T-Träger abstützen. Dann kämen wir im Bereich der Innenarchitektur aber an Fensterstürze, so daß das Raumgefüge gestört würde.

Insofern ist es wahrscheinlich preisgünstiger, wenn wir Decken dort austauschen, wo dies von den Denkmalpflegern für durchführbar gehalten wird.

Das Sanierungskonzept ist im wesentlichen fertiggestellt: Es sind Balkenverstärkungen und -verankerungen im Bereich der Treppendurchbrüche vorgesehen, ohne dabei noch intaktes Bauwerk zu beschädigen. Wir wollen alles das, was von denkmalpflegerischer Seite für erhaltenswert erachtet wird, schützen. Dies geschieht zum Beispiel dadurch, daß wir für die Dauer der Bauarbeiten Holzschutzverkleidungen vorgesehen haben.

Sofern abgehängte Decken abgenommen werden müssen, weil die darüberliegende Betonschicht nicht mehr tragfähig ist, wird diese Maßnahme auch mit dem Denkmalpfleger abgestimmt.

Die Arbeiten werden jetzt insbesondere mit dem Statiker und dem Materialprüfungsamt konkretisiert. In der vorigen Woche haben wir zusammen mit dem Denkmalpfleger ein gemeinsames Konzept festgelegt.

Der Vorsitzende dankt Mdgt Dr. Gräf für dessen Bericht; eine Besichtigung der Baustelle durch die Ausschußmitglieder könne möglicherweise mit einer der nächsten Ausschußsitzungen kombiniert werden.

Zur Klimatisierung des Ständehauses äußert Abg. Doppmeier (CDU) den Wunsch, im gesamten Gebäude zumindest die Vorkehrungen dafür zu treffen, daß eine Klimaanlage eingerichtet werden könne.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
75. Sitzung

04.09.1989
sl-pr

Fehler, wie sie bei der Bauplanung für das neue Landtagsgebäude unterlaufen seien, dürften sich nicht wiederholen.

Abg. Trabalski (SPD) pflichtet den Ausführungen des Abg. Doppmeier (CDU) bei. Im nachhinein habe es sich als nicht richtig erwiesen, mit Rücksicht auf die kritischen Anmerkungen aus der Öffentlichkeit etwa in puncto Raumbedarf Einsparungen vorzunehmen. Bereits jetzt müßten teilweise Räumlichkeiten in den Garagengeschossen zur Unterbringung von Akten mitgenutzt werden.

Es gehe deshalb darum, sich möglichst frühzeitig sowohl über den Raumbedarf als auch über die Bauqualität umfassend und vollständig Informationen an die Hand geben zu lassen. Immerhin lägen die finanziellen Initiativen für Bauten am Ständehaus im Regelungsbereich des sachverständigen Städtebauausschusses, der neben dem Haushalts- und Finanzausschuß das für finanzielle Fragen zuständige Gremium sei.

Bei der Festlegung des Termins - dieser müsse vor die Haushaltsberatungen plaziert werden - solle berücksichtigt werden, daß für die Einführung, die Besichtigung und die abschließende Diskussion wahrscheinlich ein ganzer Tag in Anspruch genommen werden müsse.

Abg. Püll (CDU) fragt, ob sich aufgrund der neuesten Erkenntnisse über die Bausubstanz Veränderungen in der Termin- und Finanzplanung ergäben.

MDgt Dr. Gräf antwortet, eine Veränderung in der Finanzierungsplanung gebe es noch nicht. Über alle aufkommenden Kostenprobleme werde er - dies habe er bereits bei früherer Gelegenheit zugesagt - den Ausschuß sofort informieren.

Eine Vollklimatisierung des gesamten Hauses wirkte sich natürlich kostensteigernd aus.

Die Terminplanung sei mit der Staatskanzlei abgesprochen worden. Verzögerungen von zwei oder drei Monaten könnten sich ergeben, da vielleicht doch noch Schwierigkeiten auftreten könnten, die man nicht habe vorhersehen können. Als Einzugstermin habe man Ende 1992/Anfang 1993 ins Auge gefaßt.

Auf den Einwand des Abg. Retz (SPD) eingehend, der sich gegen eine Vollklimatisierung ausspricht, erklärt MDgt Dr. Gräf, daß in der Staatskanzlei eine multifunktionale Nutzung der Räume angestrebt werde. Deshalb sei zwar größtenteils eine Querlüftung - aufgrund der 1,50 m dicken Außenmauern des Ständehauses herrschten dort andere Temperaturen als in dem ringsherum mit Glas ausgerüsteten Landtagsneubau - vorgesehen; es seien aber auch Leerrohre eingepflanzt, um alternative Möglichkeiten zu besitzen und nicht wieder in die Lage versetzt zu werden, wegen Nachrüstungsarbeiten Wände aufzubrechen.